

Datum: 07. NOV. 2014  
Telefon: 0 233-30782  
Telefax: 0 233-26935

**Personal- und  
Organisationsreferat**  
Personalbetreuung,  
Stellenwirtschaft  
POR-P 2.23

Stellungnahme zur Beschlussvorlage für den Bildungsausschuss des Stadtrates am  
03.12.2014,

Zuschaltung von Juristenstellen für den Bereich IT-Recht im Referat für Bildung und Sport;  
Aufstockung der juristischen Sachbearbeitung im Bereich Datenschutzrecht im Referat für  
Bildung und Sport (Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V .....)

### An das Referat für Bildung und Sport

Die zusätzlichen Stellenbedarfe erscheinen zwar dem Grunde nach nachvollziehbar, sind aber  
noch exakt zu bemessen. Die zusätzlichen Stellenkapazitäten sind deshalb zunächst **auf drei  
Jahre ab Stellenbesetzung zu befristen** und der tatsächliche Bedarf in diesem Zeitraum zu  
evaluieren.

#### **1. IT-Juristen/ innen i.H.v. 1,25 VZÄ (BesGr. A14)**

Der auf einer Schätzung beruhende Personalmehrbedarf von **1,25 VZÄ** sollte auf **drei Jahre  
ab Besetzung befristet** und durch Vorlage entsprechender Mengengerüste bzw.  
Zahlenmaterialien (z.B. Entwicklung der Zahl der Gutachten, Beratungen) in einem  
angemessenen Zeitraum evaluiert und nachgewiesen werden.

#### **2. Datenschutzbeauftragte/r i.H.v. 0,75 VZÄ**

Der auf einer Schätzung beruhende Personalmehrbedarf von **0,75 VZÄ** sollte – auch im  
Hinblick auf vergleichbare Positionen in anderen Referaten - auf **drei Jahre ab Besetzung  
befristet** und durch Vorlage entsprechender Mengengerüste bzw. Zahlenmaterialien  
(detaillierte Dokumentation der Anfragen mit Zeitanteilen bzw. Entwicklung Fallzahlen) in  
einem angemessenen Zeitraum evaluiert und nachgewiesen werden.

Im Vergleich zum Jahr 2009 ist eine Steigerung der schriftlich zu bearbeitenden  
datenschutzrechtlichen Vorgänge um 146 % (+ 82 Vorgänge) für das Jahr 2013 zu  
dokumentieren. Die seitens des Referates für Bildung und Sport in der Beschlussvorlage  
dargestellten Fallzahlen, decken das Jahr 2013 ab, eine weitere Fallzahlsteigerung ist für 2014  
zu erwarten. Aus Sicht des Personal- und Organisationsreferates wird empfohlen, die weitere  
Entwicklung der Fallzahlen abzuwarten, um die Dauerhaftigkeit der Aufgabenmehrung  
feststellen zu können.

Die Beschäftigung von Mitarbeiter/innen und Mitarbeitern auf den zu befristenden Stellen kann  
unbefristet erfolgen.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei und das Direktorium erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.



Dr. Böhle